

WAHL 2011 - RHEINLAND-PFALZ

Die Stimmen der Parteien zum Transsexuellenrecht

Aufgelistet nach Eingang der Beantwortung. Versendet wurde ein Fragenkatalog von 10 Fragen.

Hauptfrage war:

Wird ihre Partei die gegen Menschenrecht verstossende Begutachtung im Transsexuellengesetz, die im Kern nach dem DSM, dem internationalen Manual der psychischen Störungen abläuft und immer noch davon ausgeht, transsexuelle Frauen wären „Männer mit Identitätsstörung“ und transsexuelle Männer „Frauen mit Identitätsstörung“, abschaffen, wenn sie dazu die Möglichkeit hat?

In der Antwort haben wir die wesentlichen Punkte, die sich auf diese Thematik beziehen, fett markiert und werten die Antwort anschliessend. Vergeben werden 3 Noten (von 1 bis 5, 1=sehr gut, 5=ungenügend). Noten gibt es jeweils für Geschwindigkeit der Antwort (zählt nur halb), inwiefern alle Fragen beantwortet wurden (ebenfalls halb) und die Haltung zur Kernfrage: Die Beendigung der Begutachtungspraxis.

1. DIE LINKE, 19. Februar 2011

Frage 1:

Das Bundesverfassungsgericht hat im Januar entschieden, dass ein transsexueller Mensch keine genitale Operation gemacht haben muss, um seinen Personenstand ändern zu lassen. Dennoch stärkt das Gericht im Kleingedruckten die bisherige psychiatrische Begutachtungspraxis, nachdem sich z.B. eine transsexuelle Frau zu einem "geschlechtsidentitätsgestörten Mann" erklären lassen muss, um als Frau anerkannt zu werden. Wie bewerten Sie (und ihre Partei) dieses Kuckucksei?

Für DIE LINKE. sind weder Trans-, Inter- noch Homo- und Bisexuelle geschlechtsidentitätsgestört. Jeder soll das Recht haben seine eigene Körper- und Geschlechtlichkeit auszuleben. Wir setzen uns dafür ein, dass Trans- und Intersexualität nicht als Identitätsstörung des Geschlechtes gilt. **Das gefühlte Geschlecht kann niemals falsch sein!**

Frage 2:

Seit mehreren Jahren kritisiert die Aktion Transsexualität und Menschenrecht e.V. die Geschlechtsideologien einer sogenannten Sexualwissenschaft in Deutschland, die Transsexualität weiterhin als widernatürlich - nämlich als Produkt einer Störung der "psychosexuellen Entwicklung" - verkauft, anstatt anzuerkennen, dass Transsexualität ein Teil der geschlechtlichen Vielfalt bedeutet. Was machen Sie (und ihre Partei) um diese Psychopathologisierung zu beenden?

DIE LINKE. verfolgt hier mehrere Strategien. Die sexuelle Identität gehört unter den Schutz des Grundgesetzes. Niemand darf auf Grund seines Geschlechtes diskriminiert werden, gerade nicht, wenn es die heterosexuelle Binarität von Mann-Frau unterläuft. Für DIE LINKE. gilt: **Es gibt so viele Geschlechter, wie es Menschen gibt. Und jede sexuelle Identität bedarf des Schutzes des Grundgesetzes.** Weiterhin muss das Bundesinnenministerium alle Gesetzesartikel, die im TSG stehen und transsexuelle Menschen diskriminieren streichen. Die von der WHO und Psychoanalyse unter Identitätsstörung aufgeführte Bewertung von Transsexualität muss durch das AntiDiskriminierungsgesetz entgegengewirkt werden. **TherapeutInnen, die Transsexualität als Störung klassifizieren und behandeln, muss die Lizenz entzogen werden.**

Frage 3:

In den 70er-Jahren wurden homosexuelle Menschen ähnlich psychopathologisiert. Damals wurde so etwas wie eine "sexuelle Orientierungsstörung" behauptet, hinter der sich nichts weiter verbarg, als ein stereotypes Geschlechterbild von Menschen, die behaupteten, es wäre gegen die Biologie homosexuell zu sein. Heute befinden wir uns bei Transsexualität immer noch an einem ähnlichen Punkt wie Homosexualität in den 70er-Jahren. Hier wird z.B. behauptet, ein transsexueller Junge wäre ein "biologisches Mädchen, das wie ein Junge fühlt" oder ein transsexuelles Mädchen, "ein Junge, der wie ein Mädchen fühlt". Wie setzen Sie sich dafür ein, diese Ideologie zu beenden und dass transsexuelle Mädchen als Mädchen und transsexuelle Jungs als Jungs anerkannt werden?

In Rheinland-Pfalz wurde diskutiert, ob der Sexualkundeunterricht in den Religionsunterricht ausgegliedert werden soll. Dies lehnen wir ab. **Sexualkunde gehört in die Klassenleiterstunden bzw. in den Biologieunterricht.** Im Biologieunterricht wird jedoch eine Biologisierung der Geschlechtlichkeit vorgenommen. Die Erkenntnisse der Gender Studies: Geschlecht als historische Wissenskategorie (Foucault) und als individuelle Handlungsmöglichkeit/ Performanz (Butler) sind den LehrerInnen nicht bekannt. Die soziale Dimension von Geschlechtlichkeit wird vollkommen ausgeklammert. Hierfür bedarf es eines kritischen Bewusstseins, das den LehrerInnen mit an die Hand gegeben wird. Dass sie biologische und soziale Annäherung an die Fragen von Geschlecht gleichwertig diskutieren und Sexualität nicht als ausschließlich biologisches Phänomen betrachten. Dies wird aber ein langer Prozess sein. Die soziale Annäherung an das Geschlecht wird höchstens an den Universitäten und in wissenschaftlichen Seminaren diskutiert. Hier bedarf es einer langfristigen Aufklärungskampagne.

Frage 4:

Wie bewusst ist Ihnen (und ihrer Partei), dass es in Wirklichkeit keine Geschlechtsumwandlungen gibt, da Geschlecht nicht auf die Genitalien reduziert

werden kann und ein transsexueller Mensch nur als der Mensch anerkannt werden will, der er sowieso bereits ist (und dies den Grund dafür darstellt, warum er körperliche Veränderungen überhaupt erst anstrebt)? Wie bewerten Sie den Einfluss der Deutschen Sexologie (mit ihren „Zentren“ in Hamburg, Berlin und Frankfurt auf die Psychopathologisierung transsexueller Menschen, die bis heute diese Anerkennung verhindert, in dem sie transsexuelle Menschen für „identitätsgestört“ erachtet?

Geschlecht ist für DIE LINKE. kein biologisches, sondern ein soziales Konzept. Dessen Entstehung und Wirkung darauf abzielt, gesellschaftliche Machtsysteme durch Wissenssysteme festzuschreiben (Dispositiv der Macht) . Transsexualität kann nicht auf das biologische Geschlecht reduziert werden. Der Einfluss der Deutschen Sexologen gibt leider einen Common Sense der Gesellschaft wieder, die Transsexuelle als „arme Kranke“ qualifiziert. **Die Deutsche Sexologie sollte sich vielmehr an den kulturwissenschaftlichen Ergebnissen der Gender und Queer Studies orientieren.** Gegen diese Ideologie bedarf es eine langfristige Aufklärungskampagne. Die Stereotypen von Geschlecht und Sexualität halten sich leider sehr lange in der Gesellschaft.

Frage 5:

Menschenrechtsorganisationen wie die Aktion Transsexualität und Menschenrechte e.V. fordern eine umgehende und sofortige Beendigung der psychiatrischen Zwangs-Begutachtungspraxis des Transsexuellengesetzes und eine Möglichkeit, dass ein transsexueller Mensch auf Antrag (und ohne Gerichtsverfahren) seine Papiere auf sein eigentliches Geschlecht abändern lassen kann. Was werden Sie (und ihre Partei) tun, um diese wichtige Forderung zu unterstützen?

Für DIE LINKE. gilt, dass das gefühlte Geschlecht im Pass (wie in Großbritannien oder Schweden) aufgeführt wird. Hierzu müssen Gesetzesinitiativen in die Parlamente gebracht werden. Die Einführung des Schutzes der sexuellen Identität in das Grundgesetz ist hier ein erster Schritt.

Frage 6:

Transsexualität ist keine "Geschlechtsidentitätsstörung". Wie werden Sie die Forderungen der NGOs unterstützen, dass der Diagnoseschlüssel im ICD (WHO) in einen anderen (neutralen) Bereich verschoben wird und Transsexualität als „Geschlechtsidentitätsstörung“ zudem aus dem DSM (APA) verschwindet?

Hier müssen Gesetzesvorlagen in der Anti-Diskriminierung im Bundestag und Europäischen Parlament und Europarat gestartet werden. **Die EU-Kommission muss im Gesundheitsressort Initiativen starten und den Druck auf die WHO erhöhen, dass der Diagnoseschlüssel geändert wird.** Hierzu bedarf es der parlamentarischen Initiativen, aber auch der Unterstützung der Proteste der NGOs.

Frage 7:

Es ist bekannt, dass es bei den Kostenübernahmen der medizinischen Maßnahmen immer wieder zu Problemen kommt. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass transsexuelle Menschen alle medizinischen Leistungen erhalten, die sie benötigen -

eingeschlossen chirurgischer Maßnahmen wie FFS und genitaler Operation, die eine Anpassung des Körpers an das eigentliche Geschlecht ermöglichen?

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle medizinischen Maßnahmen vollständig von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.

Frage 8:

In diesem Jahr hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes einen Menschenrechtsbericht veröffentlicht, in welchem Transsexualität als Wunsch verkauft wird, anstatt als Realität. Was werden Sie (und Ihre Partei) tun, um klarzustellen, dass transsexuelle Menschen in Wirklichkeit nicht diskriminiert werden, weil sie sich etwas "wünschen", sondern weil sie das sind, was sie sind: Menschen, die mit einer Geschlechtsabweichung "ausgestattet" sind. Ist Ihnen bewusst, dass die Unterstellung, ein transsexueller Mensch würde sich sein "Geschlecht wünschen", der Kern der eigentlichen Transphobie ist?

Es bedarf der Aufklärungskampagnen, dass es mehr Geschlechter und Sexualitäten gibt, als es die heterosexuelle Matrix vorsieht. Gender Studies an den Universitäten sollten finanziell unterstützt werden, so dass sie Projekte entwickeln können, die praktische gesellschaftliche Maßnahmen zum Ziel haben. LehrerInnen müssen auf die soziale Dimension von Geschlechtlichkeit sensibilisiert werden, damit in der Schule gegen Trans- und Homophobie vorgegangen werden kann. In Deutschland muss wie in Großbritannien eine weitere Kategorie eingeführt, um Geschlechtlichkeit neben der Bipolarität männlich-weiblich aufzuführen.

Frage 9:

In den letzten Monaten gab es einige Medienberichte, in denen weiterhin Märchen von "Geschlechtsumwandlungen" und "Geschlechtsidentitätsstörungen" erzählt wurden. Transsexuelle Menschen werden in Deutschland immer noch als "Männer, die mal Frauen waren/sind" oder "Frauen, die mal Männer waren/sind" verkauft. Wie bewerten sie die Aufgabe der Medienräte und Rundfunkräte, die ja eigentlich eine Aufsichtsfunktion innehaben? Ist es Ihrer Meinung nach wichtig, dass auch hier transsexuelle Menschen besser vertreten sind?

Die Forderung erhält unsere volle Zustimmung. Aufklärungskampagnen müssen zur Transsexualität auch medial verbreitet werden. Es ist wichtig, dass Transsexuelle diese Kampagne auf allen Ebenen begleiten und in den entsprechenden Gremien ihre Position auch vertreten können.

Frage 10:

Angenommen Ihre Partei wird bei den nächsten Wahlen einen stärkeren Einfluss auf die Politik in Deutschland haben. Was werden Sie zuerst machen, um die Situation transsexueller Menschen zu verbessern? Was kann auch ein NichtBundespolitiker vor Ort konkret umsetzen?

1. Aufnahme des Schutzes der sexuellen Identität ins Grundgesetz. 2. Aufnahme eines dritten Status ins Personenstandsgesetz. 3. Streichung von Trans-und

Intersexualität als Störung der Geschlechtsidentität. 4. Volle Rechte aller Lebensweisen bei der Schließung von Partnerschaften/Ehen. 5. Förderung der Gender und Queer Studies an den Universitäten. 6. Förderung von Projekten an den Universitäten, die gesellschaftliche Aufklärung von Sexualität als soziales Phänomen zum Ziel haben.

Wertung der Haltung der LINKEN in Rheinland-Pfalz:

ATME fordert ja die Beendigung der Psychopathologisierung transsexueller Menschen (also, dass Transsexualität nicht mehr als psychische Krankheit gilt) - die LINKE in Rheinland-Pfalz unterstützt diese Forderung durchweg, hier in den Diagnosesystemen Änderungen herbeizuführen. Zudem will die LINKE, dass die medizinisch notwendigen Massnahmen komplett gezahlt werden. Damit würde die LINKE von uns die volle Punktzahl erhalten. Würde (und nicht wird) deswegen, da die LINKE sich dennoch nicht konkret zur Abschaffung des Gutachtersystems, das im Transsexuellengesetz verankert ist, äussert. Dafür gibt es genauso Abzüge, wie für die Annahme, Transsexualität hätte gar nichts mit der Biologie zu tun. Genau auf dieser Vorstellung (dass Geschlecht lediglich konstruiert, eine „Performance“ ist) basiert ja die Behauptung, dass transsexuelle Menschen „unecht“ seien und sie sich ihre Geschlechtszugehörigkeit nur wünschten.

Zusammengefasst: „Einerseits ja, aber andererseits...“ wären die richtigen Worte um die Haltung der LINKE in Rheinland-Pfalz zu beschreiben. Aus Sicht von ATME vertreten die Linken hier sehr positiv zu bewertende Positionen, gleichzeitig aber auch genau das Gegenteil.

Unsere Punktzahl:

Note 1 für das schnelle Antworten, Note 2 für den Umfang der Antworten (keine volle Punktzahl, da die konkrete Frage nach der Abschaffung der Begutachtungsfrage im TSG nicht beantwortet wurde) und Note 3 für die deutliche Absage an die Psycho-Pathologisierung aber gleichzeitiger Ideologisierung und Reduzierung von Geschlecht als ausschliesslich „soziales Konzept“.

Macht zusammen: **NOTE 2-**

2. Bündnis 90 / Die Grünen 24. Februar 2011

Fragen 1 - 3:

Bündnis 90/Die Grünen sind der Meinung, dass allein **das subjektive Geschlechtsempfinden des bzw. der Betroffenen** für eine Vornamens- wie Personenstandsänderung ausschlaggebend sein sollte. Dies haben wir auch im Gesetzentwurf unserer Bundestagsfraktion zum Ausdruck gebracht (siehe <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/022/1702211.pdf>). Dort heißt es in der Begründung:

„Die Transsexualität kann nicht diagnostiziert werden, lediglich der Antragsteller selbst kann letztlich über seine geschlechtliche Identität Auskunft geben. Ferner tastet eine Überprüfung des Ergebnisses des Sich-Selbst-Begreifens von Staats wegen den Sexualbereich des Menschen an, den das Grundgesetz als Teil der Privatsphäre unter den verfassungsrechtlichen Schutz des Artikels 2 Absatz 1 i.V.m. Artikel 1 Absatz 1 GG gestellt hat.“

Die **Psychopathologisierung als "Störung"** der sexuellen Identität finden wir kontrafaktisch und verletzend, da es **auf sexistischen Geschlechternormen** basiert. Mit unserem Gesetzentwurf setzen wir Normen und Regeln, die eine Anerkennung des eigenen Empfindens in den Mittelpunkt stellt, und wollen, dass die Autorität der staatlichen Hoheit über das Festlegen von Namen, Personenständen, etc., eine gesellschaftliche Vorbildfunktion entfaltet, die in die Gesellschaft hinein eine Veränderung des Denkens bewirken kann.

Frage 4:

Uns ist sehr wohl bewusst, dass **Geschlecht ein sozialer Konstrukt ist**. Zwar haben wir dies nicht als "Programm" beschlossen, weil es einfach die Realität beschreibt, und keine politische Forderung ist, aber diese Kernthese der feministischen Theorie begleitet GRÜNES Gedankengut schon seit Jahrzehnten. Uns ist nicht klar, welchen monolithischen Block Sie mit "der Deutschen Sexologie" meinen - wir beobachten einen **Vielfalt an sexualwissenschaftlichen Ansätzen**, die in der Forschung vorhanden sind. Ansätze, die von einer "Identitätsstörung" ausgehen, betrachten wir als falsch.

Frage 5:

Siehe den in der Antwort zu Fragen 1, 2 und 3 angesprochenen Gesetzentwurf unserer Bundestagsfraktion, der Ihr Anliegen 1:1 umsetzt.

Frage 6:

Die Einflussmöglichkeiten eines Landesparlaments auf die Erstellung des ICD-10 (dessen deutsche Version von einer nachgeordneten Behörde des Bundesgesundheitsministeriums herausgegeben wird) sind relativ gering. Im Sinne unseres Wahlprogramms, in dem wir die Bekämpfung von Transphobie fordern, könnten wir uns vorstellen, uns dafür einzusetzen, **den Dialog zwischen rheinland-**

pfälzischen AktivistInnen im Bereich Transsexualität und dem Landesgesundheitsministerium zu verstärken. Auf die Erstellung des DSM (durch einen Berufsverband in den Vereinigten Staaten) hat die rheinland-pfälzische Landespolitik überhaupt keinen Einfluss.

Frage 7:

Diese Frage zeigt, wie wichtig es ist, wenn das ICD überarbeitet wird, dass die medizinische Notwendigkeit einer Anpassung des Körpers an das empfundene Geschlecht klar daraus hervorgeht, ohne aber die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen zu bevormunden. Bündnis 90/Die Grünen stehen dafür, **dass die gesetzlichen Krankenversicherungen alle medizinisch notwendigen Kosten übernehmen.**

Frage 8:

Dieser Vorfall zeigt, wie wichtig es ist, dass die **Politik nicht nur ÜBER bestimmte Gruppen redet, sondern auch MIT ihnen,** damit es zu solchen Fehläußerungen nicht kommt. Wir haben als einzige zur Landtagswahl antretende Partei im Wahlprogramm die Bekämpfung der Transphobie explizit verankert.

Frage 9:

Auch diese Beispiele zeigen, dass mehr Aufklärungsarbeit nötig ist. Nach unserer Auffassung sollten die Medien zu dieser Aufklärung mit beitragen. Derzeit sehen wir bei den Medienräten und Rundfunkräten keine ausreichende Gewähr dafür, dass die Sichtweise sexueller Minderheiten adäquat berücksichtigt wird.

Auch die Verankerung von Aufklärung zu Transsexualität in den Schulen sehen wir in Rheinland-Pfalz als unzureichend gewährleistet -- weitergehende Vorschläge zur **Überarbeitung der Sexualkundeunterrichtslinien,** die seitens der LandeschülerInnenvertretung und Pro Familia unterstützt wurden (weder GRÜNE noch Vertreter von LBST-Gruppen wurden zu den Gesprächen eingeladen) wurden auf der Bitte von kirchlichen Vertretern 2009 durch die SPD-Landesregierung leider verhindert.

Frage 10:

Mit der Landespolitik hat man vor **allem im Bereich der Kulturhoheit, Bildung und Aufklärung eine große Verantwortung.** Mit folgendem Auszug aus unserem Wahlprogramm (wir haben als einzige diese Thematik überhaupt im Programm verankert) hoffen wir über unsere Ziele im Land Auskunft zu geben:

"Wir GRÜNE setzen uns ein für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz, in dem die Ausgrenzung und Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen, Intersexuellen und Transgender (LSBTTI) aktiv bekämpft und queere Lebenskonzepte als gleichwertige Lebenskonzepte dargestellt wird. Wir unterstützen dabei Aufklärungsarbeit in den Bildungseinrichtungen des Landes, z.B. auch durch deren Verankerung in Lehrplänen. Zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie werden wir uns dafür einsetzen, Finanzmittel für die Entwicklung von Programmen und Materialien bereitzustellen. Aufklärung setzt voraus, Kenntnisse über Qualität und Quantität von Diskriminierung und Straftaten aufgrund

der sexuellen Identität zu haben. Daher werden wir uns für eine Verbesserung bei der Erfassung in der polizeilichen Kriminalstatistik einsetzen. [...] Wir setzen uns für eine Förderung von Forschungsprojekten zur Geschichte und zur gegenwärtigen Situation von LSBTTI ein und streben eine institutionelle Verankerung dieser Forschung (z.B. Queer Studies) an den Hochschulen des Landes an."

Wertung von Bündnis 90 / Grünen in Rheinland-Pfalz:

Die Grünen in Rheinland Pflanz haben fast alle Fragen beantwortet - den Umfang der Antworten werten wir positiv. Auch trotz Hinweises darauf, dass es sich bei dem sog. Transsexuellengesetz um ein „Bundesgesetz“ handelt, und die Länder hier nur beschränkte Mitgestaltungsmöglichkeit haben, finden die Grünen in Rheinland-Pfalz genügend Ansätze, das Thema auch landespolitisch zu behandeln. Wichtigster Punkt ist hier die Erwähnung der Kulturhoheit von Kultur und Bildung. Gerade hinsichtlich der antiquierten Vorstellung, es würde sich bei transsexuellen Frauen um „biologische Männer“ handeln, die sich auf Grund einer psychischen Störung so „fühlen wie“ Frauen - eine Vorstellung, die ja die Basis für die Psychopathologisierung transsexueller Menschen darstellt - ist dieser Hinweis auf „Aufklärung“ auch positiv zu werten.

Einen kleinen Abzug gibt es dafür, dass die Grünen in Rheinland-Pfalz Geschlecht für einen „sozialen Konstrukt“ halten. Hinsichtlich dessen, dass transsexuelle Menschen in der Natur existieren und es sich nicht um den Wunsch handelt, irgendwelche „Geschlechtsrollen“ wahrnehmen zu wollen, gibt es auch hier noch Weiterentwicklungspotential.

Unsere Punktzahl:

Note 2 für das Antworten, Note 2 für den Umfang der Antworten und Note 2-3 für die deutliche Absage an die Psycho-Pathologisierung.

Macht zusammen: **NOTE 2-**

3. FDP 28. Februar 2011

Frage 1:

Transsexuelle Menschen als psychisch gestört zu bezeichnen ist nicht Ansatz der FDP in Rheinland-Pfalz. Vielmehr unterstützen wir die Bundesjustizministerin und die Bundestagsfraktion der FDP in ihren Bemühungen um eine Novellierung des Transsexuellengesetzes.

Frage 2 und 3:

Um die grundsätzliche Akzeptanz zu erhöhen und Diskriminierung zu reduzieren, sind nicht nur gesetzliche Regelungen notwendig. Vielmehr bedarf es **gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen, um für Aufklärung zu sorgen** und damit für Toleranz zu werben. Die FDP wird sich hierfür auch weiterhin einsetzen.

Ihre Ausführungen zur Situation der homosexuellen Menschen in den 70'er Jahren macht deutlich, wie langwierig dieser Weg sein kann. Es wird aber auch erkennbar, wie sinnvoll das Engagement sein kann, um die allgemeine Situation der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Frage 4 und 8:

Die Identität des eigenen Geschlechts ist nicht auf einzelne Merkmale zu reduzieren. Vielmehr bedarf es der Betrachtung der gesamten Persönlichkeit, um auch die sexuelle Identität erfassen zu können.

Die Sexualwissenschaft leistet einen wertvollen Beitrag, auch um mit Hilfe gewonnener Erkenntnisse komplexe Sachverhalte darstellbar zu machen. Selbstverständlich unterliegt aber auch dieser Forschungsbereich, genau wie andere, **einem Wandel** und dem konstatierten Wechsel von Paradigmen.

Frage 5:

Bereits im Jahr 2008 hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Antrag ins Parlament eingebracht, in dem gefordert wird, das Verfahren für die Betroffenen zu verkürzen. Außerdem sollte - wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert - der Transsexuelle auch ohne operativen Eingriff dem bevorzugten Geschlecht zugeordnet werden. Auch das Erfordernis der Ehelosigkeit, das Transsexuelle zu einer Scheidung zwingt, muss aufgehoben werden.

Wie bereits skizziert werden wir die Bundes-FDP auf diesem Wege begleiten.

Frage 6:

Die FDP wird versuchen, bei den betreffenden Entscheidungsstellen für eine diesbezügliche Änderung zu werben.

Frage 7:

Die FDP tritt unter anderem für das Kostenerstattungs- statt Sachleistungsprinzip mit sozial abgefederten Eigenanteilsregelungen und Überforderungsschutz ein.

Frage 9:

Die berechtigten Interessen und Belange transsexueller Menschen im Blick zu haben ist in der Tat eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Funktionsträger der unterschiedlichen Institutionen wahrnehmen müssen. Dies gilt auch für die Mitglieder der Rundfunk- und Medienräte.

Frage 10:

Wie bereits dargestellt, werden wir die Initiativen der FDP und der Bundesregierung wohlwollend begleiten. Selbstverständlich gilt es auch vor Ort für Information und Aufklärung zu sorgen.

Wertung der FDP in Rheinland-Pfalz:

Die FDP in Rheinland-Pfalz hat sich bemüht, fast alle Fragen zu beantworten. Dennoch äussert sich die FDP nicht, zur Hauptfragestellung, der Abschaffung des gegen Menschenrecht verletzenden Gutachterverfahrens zur Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit. Positiv zu werten ist, dass die FDP in Rhein-Land-Pfalz sich dafür einsetzen will, mit „Entscheidungsstellen“ in Kontakt zu treten, die sich für eine Abschaffung der „Geschlechtsidentitätsstörung“ in ICD/DSM einsetzen können. Ebenso positiv werten wir den Anspruch, in der Öffentlichkeit für Aufklärung zu sorgen, müssen aber darauf hinweisen, dass transsexuelle Menschen in den letzten Jahren nicht Opfer von zu wenig Aufklärung geworden sind, sondern vorallem von falscher Aufklärung. So ist es z.B. völlig unangemessen bei einem transsexuellen Menschen, der seine Papiere korrigieren lassen will, vom „gewünschten Geschlecht“ zu sprechen.

Der Hinweis darauf, dass die FDP für ein „Kostenerstattungsprinzip“ eintritt - also dass transsexuelle Menschen ihre medizinische Massnahmen selber zahlen sollen und hinterher dann die Rechnung an ihre Krankenkassen schicken - bewerten wir auf Grund der sowieso bereits schwierigen finanziellen und sozialen Situation vieler transsexueller Menschen als stärksten Negativpunkt.

Unsere Punktzahl:

Note 3 für die Antwortsschnelligkeit, Note 3 für den Umfang der Antworten und Note 4-5 für den Inhalt, da zwar eine positive Aussage zum ICD/DSM gefallen ist, zugleich aber keine Aussage zur Hauptforderung (Abschaffung der psychiatrischen Begutachtung im TSG) getroffen wurde und die Einführung des „Kostenerstattungsprinzips“ aus unserer Sicht zudem äusserst negativ zu bewerten ist.

Macht zusammen: **NOTE 4+**

4. SPD 03. März 2011

Fragen wurden nicht explizit beantwortet. Die Antwort war:

Vielen Dank für Ihre Nachricht vom 10. Februar, in dem Sie ihre Positionen zu den bevorstehenden Wahlen in den verschiedenen Bundesländern 2011 dargelegt haben. Im Folgenden möchten wir hierzu gerne Stellung beziehen, weisen jedoch darauf hin, dass der überwiegenden Teil Ihrer Fragestellungen bundesgesetzliche Regelungen betrifft und wir hierzu die Positionen der Bundespartei und unserer Bundestagsfraktion unterstützen. Diese Positionierungen dürften Ihnen sicherlich auch noch aus der Antwort auf Ihre Fragen im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 geläufig sein. Gerne möchten wir darauf hinweisen, dass im Bezug auf geschlechtsspezifische Diskriminierungstendenzen wir erstmals einen entsprechenden Abschnitt in unser Regierungsprogramm aufgenommen haben. Er lautet wie folgt:

"Die SPD setzt sich für ein tolerantes und weltoffenes Rheinland-Pfalz ein, das Ausgrenzung, Diskriminierung und Homophobie aktiv bekämpft. Das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz gelten für alle Menschen, die hier leben, in gleicher Weise und ohne Einschränkungen. Die SPD Rheinland-Pfalz setzt sich auf Bundesebene für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben ein. Wir sagen ganz klar: Die Unterschiedlichkeit verschiedener Lebensformen ist eine Bereicherung unseres Zusammenlebens, keine Bedrohung."

Uns ist sehr wohl bewusst, dass dieser Absatz nicht explizit auf die Situation transsexueller Menschen eingeht, es wird jedoch deutlich, welch hohen Stellenwert Toleranz und Weltoffenheit für uns insgesamt einnehmen. Auf Bundesebene verweigert aus unserer Sicht die derzeitige Regierungskoalition einen umfassenden Diskriminierungsschutz. Zum Votum der Koalition hinsichtlich der kürzlich im Rechtsausschuss zur Abstimmung gestellten Gesetzentwürfe zur Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz um das Merkmal "sexuelle Identität" erklärte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht: Das enttäuschende Abstimmungsverhalten der Koalition im Rechtsausschuss zeigt einmal mehr, dass der Schutz von Minderheiten bei Schwarz-Gelb keinen hohen Stellenwert genießt. Der Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit Minderheiten, insbesondere sexuellen Minderheiten, war und ist eine Geschichte der Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung. Schwule und Lesben, Transgender und Intersexuelle sind in unserer Gesellschaft auch heute noch Anfeindungen, gewaltsamen Übergriffen und Benachteiligungen ausgesetzt. Einfachgesetzliche Diskriminierungsverbote haben die rechtliche Situation der Betroffenen zwar verbessert. Ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz schafft jedoch eine klare Maßgabe für den einfachen Gesetzgeber. Eine Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen.

Mit den Diskriminierungsverboten in Artikel 3 Absatz 3 zog der Parlamentarische Rat bei Verabschiedung des Grundgesetzes die Konsequenzen aus der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik. Nur zwei Gruppen blieb die Aufnahme in diesen Katalog 1949 versagt: Behinderten und Homosexuellen. Ihr Verfolgungsschicksal wurde erst Jahrzehnte später aufgearbeitet und anerkannt.

1994 wurde ein Diskriminierungsverbot für Behinderte aufgenommen. Auch die sexuelle Identität eines Menschen kann und darf kein Anlass für Benachteiligungen sein. Das müssen wir auch im Grundgesetz deutlich machen und Artikel 3 Absatz 3 ist dafür genau der richtige Platz.

Wertung der SPD in Rheinland-Pfalz:

Die SPD in Rheinland-Pfalz erwähnt das Wort „Transsexualität“ nur ein einziges mal, nämlich an der Stelle, an sie darauf hinweist, dass sie nicht explizit auf die Situation transsexueller Menschen eingehe. ATME hält auch Landespolitiker in erster Linie für politische Bürger, die in der Lage sein sollten, zu den Menschenrechtsverletzungen an transsexuellen Menschen offen und deutlich Stellung zu beziehen (Kultur und Bildung sind Landespolitik, Aufklärung über Menschenrechtsprobleme daher auch Länderangelegenheit).

Unsere Punktzahl:

Note 4 für die Antwortsschnelligkeit, Note 4 für den mageren Umfang der Antworten und Note 4 für den Inhalt, da die SPD zwar gute Aktionen unterstützt, dennoch aber auf die Situation transsexueller Menschen nicht eingegangen ist.

Macht zusammen: **NOTE 4**